

LEITARTIKEL

Helau!

Ja, es stimmt: Karneval ist Fröhlichkeit auf Kommando. Was daran schlecht sein soll, konnten zumindest Zehntausende von Besuchern gestern Nachmittag beim Braunschweiger Narrenumzug „Schoduvel“ wohl nur mit einem Schulterzucken beantworten. Sie jedenfalls haben sich bei der größten Freiluft-Party unserer Region gern gut unterhalten lassen.

Hans-Christian Zehme zum Braunschweiger Karnevalsumzug



Nun ja, das Wetter war diesmal nicht so prall. Wer zu Comedy-Abenden mit Mario Barth oder Michael Mittermaier geht, um Fröhlichkeit auf Kommando zu erleben, der sitzt im Trockenen.

Dieses Glück hatten die Karnevalisten gestern nicht. Sie trotzten Regen, Wind und Kälte – wohlwissend, dass die Besucher ihren Spaß hatten. Und die strömten in Scharen herbei und ließen sich den Spaß durch die Krisenstimmung in der Wirtschaft nicht vermiesen. Immerhin hat der Braunschweiger Umzug mit sechs Kilometern Länge und 65 Prunkwa-

gen inzwischen sogar den Düsseldorf überholt – nur die Kölner und Mainzer haben ein noch aufwendigeres närrisches Spektakel.

Das miese Wetter dürfte Zuschauer an den Straßenrändern gekostet haben. Man darf aber davon ausgehen, dass diejenigen, die keine Lust auf Kälte und Nässe hatten, die närrische Show vor dem Fernseher verfolgt haben. Auch das darf das organisierende Komitee Braunschweiger Karneval als Erfolg verbuchen.

Die Organisatoren, die vielen Vereine, die Musik- und Fußgruppen, die dem „Schoduvel“ zu einem Erfolg verhelfen, haben viele Stunden Arbeit investiert. So manche Tanzgruppe probte wochenlang, damit die Choreographie bis zum Karnevalsumzug sitzt. Da wurden Kostüme geschneidert, Wagen bemalt, Musiktitel eingeübt. Und da wurde sicher auch überlegt, wie man das Umzugsmotto „Heinrich der Löwe überall, München, Braunschweig – Karneval!“ möglichst originell umsetzen könnte.

Den Organisatoren und den vielen Menschen, die sich für das Vergnügen ins Zeug gelegt haben, gebühren Dank und Anerkennung. Sie haben wieder gezeigt, dass die viel geschmähte Fröhlichkeit auf Kommando ihr Publikum findet. Und darauf ein dreifaches „Brunswiek, helau!“

KOMMENTAR

Wer soll das bezahlen?

Apropos Karneval. Da gibt es doch diesen immergrünen Schunkler „Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinkepinke, wer hat so viel Geld?“. Gute Frage!

Jacqueline Carewicz zu Staatshilfen



Wem soll der Staat in der Krise helfen, wem nicht? Darf er die Traditionsmarke Opel mit dem Steuergeld seiner Bürger vor der Pleite retten und den Auto-Zulieferer Schaeffler mit ebenfalls Zehntausenden von Arbeitsplätzen vor die Hunde gehen lassen? Nein, das wäre ungerecht. Und

er kann es sich auch nicht leisten, so zu tun, als ließen sich mit einer Milliarden-Bürgerschaft oder einer saftigen Kapitalspritze lange verschleppte unternehmerische Fehlentscheidungen kompensieren.

Wenn es schief geht, rettet deutsches Steuergeld nicht einmal Arbeitsplätze – etwa in den vier deutschen Opel-Werken, sondern fließt schnurstracks in die Kassen des amerikanischen Mutterkonzerns General Motors.

Vielmehr ist Opel nun am Zug, einen guten Sanierungsplan vorzulegen. Das wird nicht leicht, denn der Automarkt ist überbesetzt, die Regel streng: Unternehmen, die zu schwach sind, bleiben auf der Strecke. So funktioniert Marktwirtschaft nun einmal.

Aber ist es nicht die Aufgabe des Staates, sich um die Schwachen zu kümmern? Ja, aber nicht um hilfsbedürftige Konzerne, sondern um seine Bürger.

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: meinung@bzv.de

ZITAT DES TAGES



„Alle Finanzmärkte, Finanzprodukte und Finanzmarktteilnehmer müssen lückenlos beaufsichtigt werden.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G-20-Treffen in Berlin

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

SALZGITTER ZEITUNG

WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung:
Dr. Markus Beermann (Sprecher), Andreas Günther

Chefredakteur:
Paul-Josef Raue

Stellvertretender Chefredakteur:
Stefan Hans Kläsener

Chief vom Dienst: Heinz-Peter Lohse

Verantwortliche Redakteure:

Politik/Niedersachsen und die Region: Hans-Dieter Schlawis

Wirtschaft: Markus Schlesag Kultur: Martin Jasper

Lokales Braunschweig: Ralph-Herbert Meyer Sport: Paul-Josef Raue

Leser-Redaktion: Klaus Herrmann Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Andreas Günther, Vertriebsleitung: Jürgen Nitsche

Verlag: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG,

38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (0531) 3900-0

Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online:
<http://www.newsclck.de>



Europäischer Rettungskreuzer

Karikatur: Tomicek

GASTKOMMENTAR

Politikverdrossen? Keine Spur!

Als einer der jüngsten Abgeordneten im Deutschen Bundestag kenne ich die Leier nur all zu gut: „Die Jugend“ interessiert sich nicht für Politik, schimpft auf „die da oben“ und hält sich ansonsten raus.

Dieser Eindruck ist richtig – und er täuscht. Er ist richtig: Viele Jugendliche und junge Erwachsene wenden sich enttäuscht von der Politik ab. Sie werden ja doch nicht gehört. Und sie können mit Sprache und Stil vieler Politikerinnen und Politiker nichts anfangen. Der Eindruck ist falsch: Viele junge Leute suchen neue Wege und Politikstile, um sich für ihre Interessen einzusetzen. Wir sollten ihnen eine Stimme geben.

Aus meinem Engagement in Jugend-Initiativen und meiner Arbeit im Europa-Ausschuss des Bundestages, wo ich unter anderem für Europäische Jugendpolitik zuständig bin, weiß ich: Viele Jugendliche und junge Erwachsene leiden nicht an chronischer Politikverdrossenheit, sondern an akuter Politiker-Verdrossenheit.

Die große Mehrheit junger Leute interessiert sich für Politik, wie eine Umfrage der Europäischen Kommission bestätigt. Über 80 Prozent der Befragten wollen gehört werden, wenn es bei politischen Entscheidungen um ihre Belange geht.

Für 90 Prozent ist das Beste an der EU, ohne Grenzen im EU-Ausland reisen, studieren und arbeiten zu können. Viele engagieren sich in Freiwilligendiensten und in sozialen und ökologischen Projekten im EU-Ausland. Zurück kommen sie mit Arbeitserfahrungen, Sprachkenntnissen und interkultureller Kompetenz. Mobil in der EU zu sein, ist für sie selbstverständlich. Doch bisher

„Viele Jugendliche und junge Erwachsene leiden eher an Verdrossenheit über Politiker“



Manuel Sarrazin, Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Europa-Ausschuss des Bundestages

verpufft zu viel Kompetenz dieser jungen europäischen Botschafter und Botschafterinnen.

Wir können es uns nicht leisten, dieses Potenzial zu verschenken. Wir brauchen einen anderen Politikstil, in dem wir nicht in Lagern denken, sondern Gräben überwinden und nach den klügsten Lösungen suchen, statt ideologische Kämpfe auszufeuchten. Aber es geht nicht nur um Stil. Es geht auch um Angebote politischer Beteiligung.

Gut ein Viertel der rund 500 Millionen Menschen in der EU ist jünger als 24 Jahre. Doch junge Menschen sind in vielen Parlamenten der EU kaum repräsentiert, die unter 18-Jährigen dürfen fast überall in Europa noch nicht einmal wählen.

Ich möchte, dass junge Menschen von der Kommune, dem Bezirk und dem Bundesland bis zu den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament ab 16 Jahren wählen dürfen. Denn wer sich nicht beteiligen darf, mischt sich nicht ein. Wenn wir Jugendliche und junge Erwachsene hören wollen, müssen sie eine Stimme bekommen.

Manuel Sarrazin

PRESSESTIMMEN

Enormer Fortschritt

Die „Ostsee-Zeitung“ in Rostock analysiert den Finanz-Gipfel:

„Die EU hat sich in Berlin gestern weitgehend auf gemeinsame Positionen einigen können. Sie wird beim Weltfinanzgipfel Anfang April in London mit einer Stimme sprechen können. Das ist schon ein enormer Fortschritt im zähen Geschäft der internationalen Finanzkrisen-Diplomatie. Allerdings liegen die größten Probleme immer noch vor der Repra-

raturbrigade. Mit den USA und den anderen wichtigen Ländern müssen internationale Finanz-Regeln vereinbart – und eingehalten werden.“

Schaler Geschmack

Die „Tageszeitung“ in Berlin beschäftigt sich mit der Iran-Reise von Ex-Kanzler Schröder:

„Warum hinterlässt die Reise von Gerhard Schröder in den Iran einen so schalen Geschmack? Vor allem deshalb, weil man nicht weiß, ob

BERLIN-VORSCHAU

Von Christian Kerl

Wie viele Jobs durch Umweltschutz?

Dienstag:
Das Bundesumweltministerium legt einen neuen Bericht über den Beitrag der Umweltpolitik für Beschäftigung und technologische Entwicklung vor. Der Titel: „Umweltschutz schafft Perspektiven“.

Mehr Jobs im Haushalt?

Dienstag:
Das Institut der deutschen Wirtschaft legt Vorschläge vor, wie mehr reguläre Arbeitsplätze in Privathaushalten geschaffen werden können. Dies sei auch ein Weg zur Eindämmung der Schwarzarbeit, heißt es optimistisch.

Wie kräftig teilt Seehofer aus?

Mittwoch:
Zum politischen Aschermittwoch laden die Parteien wieder zu zahlreichen Kundgebungen, bei denen mit dem politischen Gegner abgerechnet wird. Die größte Veranstaltung wird wie jedes Jahr die CSU in Passau abhalten, erstmals muss sich Parteichef Horst Seehofer als Hauptredner bewähren. Die Spitzen der Bundesregierung treten lieber bei den Norddeutschen auf: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht in Demmin in Mecklenburg-Vorpommern, Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier wiederum hält eine Rede beim Aschermittwoch der Niedersachsen-SPD in Cuxhaven.

Wie sehr steigt die Arbeitslosigkeit?

Donnerstag:
Die Bundesagentur für Arbeit gibt die aktuellen Arbeitsmarktdaten für den Februar bekannt. Die Zahlen werden vor dem Hintergrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit besonderer Spannung erwartet.

Was plant die Linke für Europa?

Samstag/Sonntag:
Die Linke kommt zu ihrem Europa-Parteitag in Essen zusammen. Der zweitägige Konvent soll ein Wahlprogramm und die Kandidatenliste beschließen.

der frühere Bundeskanzler seine Reise im Auftrag angetreten hat (und in wessen Auftrag), oder ob er auf eigene politische Rechnung nach Teheran geflogen ist. Auf diese Information hat die Öffentlichkeit Anspruch. Sie zahlt Amts- und Mandatsträgern nicht aus Jux und Tollelei eine großzügige Altersversorgung. Die Gesellschaft will vielmehr verhindern, dass ehemalige Würdenträger für das Bestreiten des Lebensunterhalts auf die Vermarktung ihres Namens angewiesen sind.“